

Bericht und Abänderungsantrag

des Sozialausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung (Beilage 285) betreffend Gratis-Grippeimpfung für alle Burgenländerinnen und Burgenländer (Zahl 22 - 207) (Beilage 319).

Der Sozialausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Gratis-Grippeimpfung für alle Burgenländerinnen und Burgenländer, in ihrer 02. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 30. September 2020, beraten.

Landtagsabgeordneter Patrik Fazekas, BA wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach seinem Bericht stellte Landtagsabgeordneter Patrik Fazekas, BA den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen EntschlieÙungsantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Am Ende der Wortmeldung der Landtagsabgeordneten Elisabeth Böhm stellte diese einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von der Landtagsabgeordneten Elisabeth Böhm gestellte Abänderungsantrag mehrheitlich (SPÖ gegen ÖVP und FPÖ) angenommen.

Der Sozialausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Gratis-Grippeimpfung für alle Burgenländerinnen und Burgenländer, unter Einbezug der von der Landtagsabgeordneten Elisabeth Böhm beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Eisenstadt, am 30. September 2020

Der Berichterstatter:
Patrik Fazekas eh.

Der Obmann des Sozialausschusses
als Vorsitzender der gemeinsamen Sitzung:
Mag. Dr. Roland Fürst eh.

*Frau
Präsidentin des Burgenländischen Landtages
Verena Dunst
Landhaus
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt, am 30. September 2020

Abänderungsantrag

**der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Kilian Brandstätter,
Kolleginnen und Kollegen zum selbständigen Antrag Zahl 22 - 207, welcher
abgeändert wird wie folgt:**

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

des Burgenländischen Landtages vom betreffend Maßnahmen zur Sicherstellung der Versorgung von Grippeimpfstoffen

Das österreichische Gesundheitssystem hat trotz Einsparungsmaßnahmen seitens der Bundesregierung der Covid-19-Pandemie bisher standgehalten. Insbesondere die Standortgarantie der Spitäler im Burgenland sowie der weitere Um- und Ausbau der Gesundheitsinfrastruktur im Burgenland stärken die Gesundheitsversorgung im Burgenland.

In der kälteren Zeit steigt wieder die Gefahr, sich mit dem Covid-19-Virus zu infizieren, gleichzeitig beginnt die Saison der grippalen Infekte. Durch dieses Zusammentreffen der Covid-19-Gefahr und der Grippewelle kann eine Verschärfung der bereits schwierigen Situation befürchtet werden. Es ist daher in dieser Zeit umso wichtiger, die Grippeimpfung unter der gesamten Bevölkerung in Österreich zu forcieren. Denn das Covid-19-Virus macht an den Landesgrenzen leider keinen Halt. Entsprechend einer Gesundheitspolitik mit Weitblick müssen österreichweit dazu entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen werden. Um österreichweit eine möglichst flächendeckende Grippeimpfung zu forcieren, soll der Bund gemeinsam mit den Ländern ein Versorgungskonzept für die einzelnen Bundesländer erarbeiten. Durch dieses Versorgungskonzept muss sichergestellt werden, dass jedes Bundesland ausreichend mit Impfstoffen versorgt wird. Die Covid-19-Krise ist nicht nur für alle Burgenländerinnen und Burgenländer eine herausfordernde Zeit sondern in vielen Fällen auch aus finanzieller Sicht eine Belastung. Daher muss eine österreichweite Lösung geschaffen werden.

Es waren und sind die Versäumnisse sowie die oft nicht nachvollziehbaren Regelungen der Bundesregierung im Rahmen der Covid-19-Krise, die zum derzeitigen Stand der Infizierten beigetragen haben. Der Bund kann sich in diesem Bereich nicht seiner Verantwortung entziehen. Darüber hinaus kann eine gratis Grippeimpfung nur ihre optimale Wirkung entfalten, wenn diese österreichweit angeboten wird. Der Bund hat jedenfalls aufgrund der österreichweiten Auswirkung einer solchen Maßnahme die Finanzierung zu tragen. Die Finanzierung darf nicht auf den Rücken der Covid-19-Helden erfolgen. Neue Massensteuern sollen deshalb vermieden werden und auch keine bestehenden Massensteuern erhöht werden. Vielmehr muss durch die verstärkte Besteuerung von multinationalen Konzernen und MillionärInnen die Finanzierung dieser Maßnahme sichergestellt werden.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge

- am Weltmarkt für alle Bundesländer die notwendigen Impfstoffvorräte beschaffen;
- mit allen Bundesländern ein Versorgungskonzept erarbeiten;
- zur Finanzierung keine neuen Massensteuern einheben bzw. die derzeitigen Massensteuern nicht erhöhen, sondern vielmehr durch eine verstärkte Besteuerung von multinationalen Konzernen und MillionärInnen die Finanzierung sicherstellen.